



Presseschau vom 02.05.2017:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondenT* und die Online-Zeitung *Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen **aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot** (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und **ukrainische Quellen in Blau** (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondenT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen **aus Sozialen Netzwerken** sind **violett** gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Vormittags:

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen haben in den letzten 24 Stunden **sechsmal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen.

Beschossen wurden die Gebiete von **Perwomajsk, Frunse, Kalinowka und Kalinowo**. Es wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen geschossen.

Dan-news.infos/dnr-online.ru: Zusammenfassung mehrerer Meldungen über ukrainische Beschüsse und deren Folgen

„Gestern Abend, gegen 17:00 und 19:00 haben die ukrainischen Truppen das Feuer auf **Sachanka, Kominternowo und Leninskoje** eröffnet“, teilte der Leiter der Ortsverwaltung von Sachanka Igor Podgornyj mit. Er fügte hinzu, dass Informationen über Verletzte und Beschädigung an Wohnraum nicht bei der Verwaltung eingegangen sind.

„In den letzten 24 Stunden wurden in **Trudowskije (im Petrowskij-Bezirk von Donezk)** durch Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte das Gebäude der Schule Nr. 103, Häuser auf der Tschechow-Straße 21, der Tschernogorskaja-Straße 34a, der Mamina-Sibirjaka-Straße 51, der Victor-Hugo-Straße 22, der Kachowskaja-Straße 25 beschädigt. In Sajzewo wurden zwei Häuser auf der Poletajewa-Straße 34 und der Rybalko-Straße 162

beschädigt, in Jakowlewka im Jasinowataja-Bezirk brannte ein Wohnhaus vollständig ab“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

„In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte das Regime der Feueereinstellung **47 Mal** verletzt. Es wurden Artillerie, Mörser, Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Granatwerfer und Schusswaffen verwendet“, teilte das operative Kommando der DVR mit.

Vom Gegner wurden **16 frontnahe Ortschaften der Republik** beschossen.

„Am Abend gegen 20:30 hat die ukrainische Seite das Feuer auf den **Kontroll- und Passierpunkt „Majorsk“** eröffnet. Gegen 21:30 gab es einen weiteren Beschuss des KPP“, teilte eine Quelle aus den militärischen Einrichtungen der DVR mit. Gemäß den Informationen der Quelle wurde mit Schützenpanzer- und Schützenpanzerwagenwaffen, Granatwerfern, einem großkalibrigen Maschinengewehr und Schusswaffen geschossen. Informationen über Verletzte sind nicht eingegangen.

„Gestern wurden in der Folge eines Beschusses der Jasinowataja-Straße in **Jakowlewka zwei friedliche Einwohner verletzt** – eine Frau, geb. 1970, erlitt eine Splitterverletzung am Brustkorb, ein Mann, geb. 1972, erlitt Verbrennungen ersten Grades im Gesicht“, teilte der Bürgermeister von Jasinowataja Oleg Morgun mit.

Er fügte hinzu, dass die Verletzten in ein Krankenhaus von Donezk gebracht wurden. Außerdem teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit, dass in **Sajzewo** während der Beschüsse fünf Häuser auf der Rybalka- und der Poletajewa-Straße beschädigt wurden.

Gestern, am 1. Mai, wurden die Einwohner von **Trudowskije im Petrowskij-Bezirk** von Donezk beschossen. Die Störungsdienste der Donezker Abteilung des staatlichen Unternehmens von Donbassgas stellte Beschädigungen durch Splitter an Verteilungsgasleitungen in der Tschechow- und der Tschernogorskaja-Straße fest. In der Tschernogorskaja-Straße wurde eine Gasleitung gegen 20:00 erheblich beschädigt, es entstand ein Brand. Eine Störungsbrigade lokalisierte die Störung, ohne die Gasversorgung für die Verbraucher abzustellen.

Heute am 2. Mai hat eine Reparaturbrigade mit der Beseitigung der Folgen des Artilleriebeschusses von Seiten der ukrainischen Truppen begonnen.

„Gerade wurde bekannt, dass die ukrainischen Streitkräfte am Morgen wieder massiv **Sajzewo** beschossen haben. In der Folge eines direkten Treffers begann ein Brand in einem Wohnhaus auf der Rybalko-Straße 244, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit. Er fügte hinzu, dass Feuerwehrleute des Zivilschutzministeriums der DVR nicht zum Ort des Vorfalles kommen können, weil die ukrainischen Truppen weiter schießen.

De.sputniknews.com: Russischer Politiker fordert von Merkel Entschädigung von Kriegskindern

Sergej Mironow, Vorsitzender der Partei „Gerechtes Russland“, hat Bundeskanzlerin Angela Merkel dazu aufgefordert, russische Kriegskinder zu entschädigen, statt Sanktionen zu verhängen. Merkel kommt am Dienstag zu Gesprächen mit Präsident Wladimir Putin nach Russland.

„Wir begrüßen den Besuch der Kanzlerin in Russland“, sagte Mironow in einer speziellen Videoansprache. „Ich möchte Frau Merkel fragen: Möchten Sie nicht vielleicht die Kriegskinder ausbezahlen?“

Der Politiker verwies damit auf deutsche Entschädigungszahlungen an Holocaust- und KZ-Überlebende: „Warum denn nicht den Kriegskindern Geld geben, statt immer neue Sanktionen zu verhängen... Greifen Sie in Ihre Tasche, das wäre gerecht“, so Mironow. Seine Partei hatte zuvor einen Gesetzesentwurf angekündigt, welcher es russischen Kriegskindern erlauben soll, Deutschland „wegen verlorener Kindheit“ auf Schadenersatz zu verklagen.

Wegen der Ukraine-Krise 2014 haben die USA und – auf ihr Drängen hin – die EU wirtschaftliche und politische Sanktionen gegen Russland verhängt. Merkel ist als Befürworterin des Sanktionskurses gegen Moskau bekannt.

Die Partei „Gerechtes Russland“ ist mit 23 der insgesamt 450 Sitze die schwächste Kraft in der Staatsduma (russisches Parlamentsunterhaus).

Dan-news.info: „Heute Morgen ist am nördlichen Rand der Stadt **eine zivile Einwohnerin**, geb. 1972, auf eine Sprengeneinrichtung geraten“, informierte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko.

Er fügte hinzu, dass die Verletzte zahlreiche **Splitterverletzungen** erlitten hat. Die Ärzte schätzen ihren Zustand als ernst ein.

De.sputniknews.com: Ukrainische, kanadische und britische Inspektoren unternehmen im Rahmen des Vertrages über den Offenen Himmel (OH-Vertrag) vom 2. bis 6. Mai – kurz vor dem großen Siegestag am 9. Mai – Überwachungsflüge über Russland und Weißrussland, wie der Leiter des russischen Zentrums für Verminderung der Nuklear-Gefahr, Sergej Ryschkow, am Dienstag sagte.

Demnach sollen die Kontrollflüge mit kanadischen Überwachungsflugzeugen vom Typ C130-J erfolgen. Während des Fluges sollen laut Ryschkow auch russische Fachleute an Bord des Flugzeuges die Einhaltung der abgestimmten Flugparameter und die Anwendung der im Vertrag vorgesehenen Beobachtungsgeräte kontrollieren.

Die Flugzeuge vom Typ C130-J tragen keine Waffen. Die Maschinen selbst und die an Bord installierten Geräte sind bereits unter Teilnahme russischer Experten begutachtet worden. Die Maschine startet vom Militärflugplatz Kubinka im Westen von Moskau. Das ist auch der Stationierungsstandort der militärischen Kunstflugstaffeln „Russkije Witjasi“ und „Strischi“. Der Vertrag über den Offenen Himmel (OH-Vertrag oder Open Skies) war im Jahr 1992 in Helsinki von 27 Mitgliedstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) unterzeichnet worden. Sein Ziel ist es, gegenseitige Verständigung und Vertrauen zu festigen. Russland ratifizierte den Vertrag am 26. Mai 2001. Das Dokument erlaubt den teilnehmenden Ländern, sich im Rahmen des Vertrags in Gruppen zu vereinigen. Solche Gruppen haben Russland mit Weißrussland sowie die Benelux-Länder gebildet.

Dan-news.info: „Nach offiziellen Angaben sind 17.780 Mitarbeiter von unter äußere Leitung gestellten Betrieben in die Gewerkschaften der DVR der verschiedenen Branchen eingetreten, darunter im Bereich der Kommunikation, der Energetik, des Bergbaus, der Metallindustrie“, teilte der Vorsitzende der Gewerkschaftsföderation der DVR Maxim Parschin mit.

Lug-info.com: Die Ukraine hat die Wasserlieferungen in die Republik von der westlichen Filterstation wieder aufgenommen, der Notstand in Perwomajsk wurde aufgehoben. Dies teilte heute der Zivilschutzminister der LVR Sergej Iwanuschkin mit.

„Heute heben wir den Notstand in Perwomajsk auf, weil am 29. April um 19:00 die Ukraine die Wasserzufuhr an der westlichen Filterstation wieder aufgenommen hat“, sagte er.

„Derzeit erhalten wir etwa 800 Kubikmeter pro Stunde, die wir den Wasserlieferungen für Perwomajsk hinzugefügt haben. Perwomajsk ist vollständig mit Wasser versorgt“, unterstrich Iwanuschkin.

„In dieser Woche wurde der Notstand im Slawjanoserbskij-Bezirk aufgehoben, weil die Wasserversorgung über andere Leitungen wieder aufgenommen werden konnte.“

De.sputniknews.com: Europa im Wandel: Moskau als „Quelle von Unannehmlichkeiten“ für Berlin

Die Beziehungen zu Russland sind für Deutschland derzeit von keiner selbständigen Priorität. Sie sind eher ein Instrument, um andere Probleme zu lösen. Solange die Situation so bleibt, sind kaum Fortschritte zu erwarten, wie der russische Auslandsexperte Fjodor Lukjanow prognostiziert.

In einem am Dienstag veröffentlichten Gastbeitrag für die Onlinezeitung lenta.ru schreibt Lukjanow mit Blick auf den Russland-Besuch von Angela Merkel: „Intensive Kontakte zwischen den Staatsführungen der beiden Länder wurden 2014 abgebaut, nachdem die Ukraine-Krise entbrannt war und die westlichen Staaten den Kurs auf eine Isolation Moskaus eingeschlagen hatten.“

Die gravierenden Ukraine-Differenzen seien also die unmittelbare Ursache, warum sich die russisch-europäische Agenda drastisch verengt habe: „Das ist aber nur die Spitze des Eisbergs der angehäuften Probleme. Ihnen liegt die fehlende Vorstellung davon zugrunde, wie sich das Beziehungsmodell gestalten soll, nachdem das am Ende des 20. Jahrhunderts formulierte Konzept des ‚Großen Europas‘ nicht umgesetzt worden war.“

Für den Westen, für die EU und vor allem für Deutschland sei Russland mittlerweile keine selbständige Priorität mehr, sondern ein Instrument, um manche internationale und nun auch innenpolitische Probleme zu lösen, hieß es.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion und nach dem Ende der Block-Konfrontation in Europa sei das wiedervereinigte Deutschland mit neuen Aufgaben konfrontiert worden: „Diese gingen auf seine faktische Führungsposition im geeinten Europa zurück, obwohl sich die deutsche Regierung von dieser Rolle distanzierte (...) Die Vereinigten Staaten, dieser unersetzliche Partner und Patron aus der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts, erschlossen die Weiten der globalen Führung und interessierten sich weniger für Europa. Russland (obwohl der Rechtsnachfolger und Erbe der Sowjetunion) steckte indes in einer akuten Krise – zunächst politisch und sozial-wirtschaftlich, dann im Zusammenhang mit der Suche nach einer Identität.“

„Der letztere Umstand erwies sich als kritisch wichtig. Denn die Art und Weise, wie Russland seinen Platz in Europa und in der Welt verstand, fiel nicht mit dem zusammen, was die führenden Mächte des Westens, darunter auch Deutschland, den Russen anbieten wollten. Grob gesagt beinhaltete jenes Angebot, dass Moskau eine relativ große, aber zweitrangige und untergeordnete Zelle im neuen europäischen (nicht globalen) Mosaik bekommen soll. Russland beanspruchte dagegen aus geschichtlich-politischen und geografischen Gründen einen selbständigen und ebenbürtigen Platz am Tisch, wo die Regeln formuliert werden“, so Lukjanow.

Russland lasse sich also nicht in das einstige Modell einbetten. Auch das Schema selbst platze aus allen Nähten – wegen der sozial-politischen Veränderungen in den führenden Ländern des Westens. Es gebe keine Ideen zur Neugestaltung Europas und der Welt – nicht zuletzt wegen der qualvollen Suche nach einer neuen Balance in den Gesellschaften der Industrieländer. Daraus resultiere ein Wandel der politischen Landschaft, hieß es weiter. Es mangle europäischen Ländern an Zeit und Willen, um eine strategisch orientierte außenpolitische Linie auszuarbeiten. Deswegen beschränke man sich lieber auf momentane Aufgaben: „Im Fall Deutschland geht es dabei um eine Aufrechterhaltung der Europäischen Union, also darum, nicht mehr das ‚große‘, sondern nun das ‚kleine‘ Europa zu festigen und stabiler zu machen. Deutschland ist der Hauptnutznießler der Integration und wird auch der Hauptverlierer sein, falls diese Integration scheitert. Neben den materiellen Vorteilen gibt es auch konzeptuelle Schwierigkeiten. Berlin ist so daran gewöhnt, seine nationalen Interessen durch europäische Institutionen zu verwirklichen, dass sich die dortigen Politiker keine anderen Optionen vorstellen können – sie haben Angst davor.“

„Im Ergebnis wird Moskau von Berlin als etwas Unvermeidliches, aber eher Störendes wahrgenommen, dessen Einwirkung eingeschränkt werden soll; als Quelle von Unannehmlichkeiten, mit denen man sich abfinden muss“, so der Kommentar.

„Wie einst im Kalten Krieg müssen Berlin und Moskau ihre Beziehungen sehr ernst und akribisch aufbauen. Was bisher war, funktioniert nicht mehr. Die Trägheit führt immer tiefer in eine Sackgasse. Solange Deutschland seine Beziehungen zu Russland nicht als eine

Priorität von selbständiger Bedeutung betrachtet, sind kaum Fortschritte zu erwarten“, schreibt Lukjanow.

Dan-news.info: Die Angelegenheit der tragischen Ereignisse am 2. Mai 2014 in Odessa befindet sich seit drei Jahren im Stadium der Ermittlung, Perspektiven für einen logischen Abschluss gibt es praktisch nicht. Dies Auffassung vertrat heute gegenüber DAN der Menschenrechtsaktivist Kirill Schewtschuk.

„Die Angelegenheit der Ereignisse auf dem Kulikowo-Feld befindet sich derzeit immer noch im Stadium der Ermittlung. Es wurden keinerlei Anklagen vorgebracht und weitere leere Versprechungen bringen die Sache in keiner Weise weiter. Ich sehe keine Perspektive bei der Ermittlung der Angelegenheit“, sagte er.

Schewtschuk merkte an, dass viele Beweise zur Sache vernichtet wurden, und das, was gesammelt und festgehalten wurde, ist einfach verloren. Nach den Worten des Menschenrechtsaktivisten wurde eilig eine Reparatur im Gewerkschaftshaus begonnen, um die wirklichen Beweise und Indizien zu verheimlichen, heute sind dort schon die Wände neu gestrichen. In diesem Zusammenhang äußerte der Gesprächspartner der Agentur die Meinung, dass es praktisch keine Chancen gibt, die Angelegenheit vollständig abzuschließen.

Der Menschenrechtsaktivist merkte an, dass im Zusammenhang mit der Tragödie in Odessa ein weiteres Verfahren eingeleitet wurde – über die Ereignisse auf dem Griechischen Platz. Derzeit befindet es sich vor Gericht, die Beweismittel werden behandelt. „Diese Angelegenheit hat auch traurige Perspektiven“, fügte Schewtschuk hinzu.

Heute sind nach den Worten Schewtschuks in Odessa eine Reihe von Provokationen von Seiten radikaler Nationalisten zu erwarten. Im Zusammenhang damit sind auf den Straßen der Stadt Spezialeinheiten stationiert, die die Ordnung gemeinsam mit der Polizei aufrecht erhalten sollen. Außerdem bringen Odessiten bereits Blumen zur Kulikowo-Feld im Gedenken an die Opfer der Tragödie. In Donezk wird auch eine Reihe von Gedenkveranstaltungen erwartet.

Wir erinnern daran, dass am 2. Mai 2014 in Odessa Aktivisten des „Rechten Sektors“ und der sogenannten „Selbstverteidigung des Maidan“ eine Zeltstadt auf dem Kulikowo-Feld in Brand gesetzt haben, wo Odessiten Unterschriften für ein Referendum über eine Föderalisierung der Ukraine und den Status der russischen Sprachen sammelten. Anhänger einer Föderalisierung und der Bewegung „Antimaidan“ suchten im Gewerkschaftshaus Schutz, aber die Radikalen umstellten das Gebäude und setzten es in Brand. In der Tragödie starben nach vorliegenden Informationen 48 Menschen, mehr als 200 wurden verletzt. Bis heute wurden die Schuldigen nicht bestraft, sondern Opfer befinden sich auf der Anklagebank.

Nachmittags:

De.sputniknews.com: Irans Verteidigungsminister warnt vor Aggression gegen Syrien
Der iranische Verteidigungsminister Hossein Dehghan hat andere Staaten ausdrücklich vor einer Aggression gegen Syrien gewarnt.

„Aggressive Handlungen gegen Syrien, wie sie auch immer sein mögen, würden die Krise verschärfen und zur Ausbreitung von Krieg und Gewalt führen“, sagte Dehghan nach Angaben des libanesischen Fernsehsenders Al Mayadeen. Sein Land „warnt die

Nachbarstaaten vor Aggressionsakten gegen Syrien... Alle Länder müssen die territoriale Integrität Syriens respektieren.“

Lug-info.com: Eine Kundgebung, die dem Andenken der friedlichen Bürger, die im Gewerkschaftshaus in Odessa am 2. Mai 2014 starben, gewidmet war, fand heute in der Hauptstadt der LVR am Denkmal für die Einwohner des Lugansker Landes, die durch die Straftruppen der OUN-UPA gefallen sind, statt....

An der Gedenkaktion nahmen Einwohner der LVR, der DVR, Aktivisten der Odessaer Landsmannschaft im Donbass und Milizangehörige teil.

Die Kolonne ging von der Ruhmessäule zum Denkmal. Dort ehrten die Teilnehmer der Aktion das Andenken der toten Odessiten mit einer Schweigeminute und legten am Denkmal Blumen nieder.

„Der Fluss der Zeit trägt uns immer weiter und weiter fort, und nun haben wir uns heute versammelt, um schon den dritten Jahrestag dieses tragischen Ereignisses zu begehen, das uns alle, das die ganze Welt erschüttert hat, als von den Augen zivilisierter Menschen ein schreckliches Verbrechen geschah, das von der Junta, die in der Ukraine an der Macht ist, gebilligt wurde“, sagte der Abgeordnete des ersten Volkssowjets der LVR Jurij Chochlow.

„Sie haben Menschen verbrannt, die friedlich auf eine Demonstration gingen. Vor den Augen der Rechtsschutzorgane, Feuerwehrlente, Polizei, Krankenwagen wurden friedliche Bürger ermordet, die gekommen waren, um ihre Meinung zu sagen. Gerade dieses Ereignis hat gezeigt, dass es nötig ist Widerstand zu leisten, zu kämpfen. Odessa, wir sind mit Dir! Wir erinnern uns, wir werden Rache nehmen, wir werden die Schuldigen bestrafen“, sagte Chochlow zu den Einwohnern der Heldenstadt.

„Vor drei Jahren geschah ein Akt des Genozids. Denen, die noch Zweifel bezüglich der ukrainischen Junta hatten – viele sagten, „das ist kein Faschismus“, viele sagten, dass das „Kinder sind“, das ist ein „Kampf gegen Janukowitsch“ - wurde nach dem 2. Mai 2014 klar, dass dies echter, unverhüllter Faschismus ist, den man gut mit dem deutschen und dem italienischen Faschismus vergleichen kann“, unterstrich der Vorsitzende der Odessaer Landsmannschaften in der DVR und LVR Andrej Jakowenko.

„Das hat die ganze Welt erschüttert und für den Donbass war das ein Signal, dass es mit diesen Unmenschen nicht möglich ist zu verhandeln, es wurde klar, dass sie gekommen sind, um zu töten. Leider befindet sich jetzt eine riesige Zahl von Menschen in Gefängnissen, eine riesige Zahl von Menschen befindet sich im Untergrund, sehr viele Menschen befinden sich im Donbass, aber glaubt mir, der Kampf hat erst angefangen. Unsere Großväter und Urgroßväter haben das Rückgrat des Faschismus zerschlagen, auch wir werden es zerschlagen. Und unsere schöne, fröhliche südliche Stadt wird von all diesem Dreck befreit werden“, sagte er weiter.

„Ich weiß, dass in Odessa eine sehr angespannt Situation ist – ich habe vor 15 Minuten dort angerufen, ich weiß, dass sich Scharfschützen auf den Dächern befinden, das Kulikowo-Feld ist umzingelt, die Menschen versuchen dorthin zu kommen, aber bisher lässt man niemanden durch“, berichtete der Teilnehmer der Ereignisse des Jahres 2014 auf dem Kulikowo-Feld, der von ukrainischen Spezialdiensten festgenommene Milizangehörige Wladimir.

„Der Geist der Odessiten ist lebendig und der 10. April (dem Jahrestag der Befreiung Odessas von den faschistischen deutschen Besatzern – Anm. LIZ) hat das gezeigt, weil mehr als 100.000 Menschen die Allee des Ruhmes besuchten, wo sich das Denkmal des Unbekannten Matrosen mit dem Ewigen Feuer befindet. Odessa ist nicht besiegt, es wartet einfach“, fügte der Odessit hinzu.



[http://img.lug-info.com/cache/a/5/\(2\)_IMG_3108.JPG/w620h420wm.jpg](http://img.lug-info.com/cache/a/5/(2)_IMG_3108.JPG/w620h420wm.jpg)

De.sputniknews.com: Treffen mit Putin: Merkel würdigt Russland als wichtigen G20-Partner
In Sotschi haben die Verhandlungen des russischen Präsidenten Wladimir Putin und der deutschen Kanzlerin Angela Merkel begonnen.

Putin schlug zum Auftakt vor, die bilateralen Beziehungen, die Ukraine-Krise und den Syrien-Krieg zu erörtern. Merkel sagte, sie wolle auch über Libyen sprechen. Formeller Anlass für Merkels Besuch sind die Vorbereitungen auf den G20-Gipfel in Hamburg.

Die Kanzlerin bezeichnete Russland als einen wichtigen G20-Partner.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31559/25/315592530.jpg>

De.sputniknews.com: Syrien-Gespräche: Bewaffnete Opposition bereits vor Ort – Astana
Eine Delegation der bewaffneten syrischen Opposition mit Mohammed Alloush an der Spitze ist zur Teilnahme an erneuten Syrien-Gesprächen in Astana eingetroffen. Dies teilte am Dienstag der Sprecher des kasachischen Außenministeriums Anuar Schajnakow mit. Die syrische Opposition hatte zuvor ihre Teilnahme an den Syrien-Gesprächen in Astana bestätigt. Wie Kasachstans Vize-Außenminister Muchtar Tleuberdi mitteilte, hatte die Opposition ihre Teilnahme bekräftigt. „Wir erwarten sie“, ergänzte er. Die Delegation sollte unter der Leitung des Vertreters der Gruppierung „Dschaisch al-Islam“, Mohammed Alloush, anreisen, was sich letztlich bestätigte.

Zuvor hieß es, dass sich die syrische Regierungsdelegation mit dem UN-Botschafter Baschar Dschaafari bereits in Astana befinde. Der UN-Sonderbeauftragte für Syrien, Staffan de Mistura, werde ebenfalls noch am Dienstag in Astana erwartet.

Die russische Seite wird bei diesen Gesprächen der Syrien-Sonderbeauftragte des russischen Präsidenten, Alexander Lawrentjew, leiten.

Am 2. Mai findet auf Expertenebene ein Treffen der Garantenstaaten der Syrien-Regelung – Russlands, des Irans und der Türkei – statt. Verhandlungen auf hoher Ebene sind für den 3. und 4. Mai vorgesehen.

Die sogenannte bewaffnete syrische Opposition ignorierte Mitte März die Syrien-Gespräche in Kasachstans Hauptstadt Astana.

Beim Treffen der Garantenstaaten der Syrien-Gespräche in Teheran am 18./19. April hatten sich die Teilnehmer in Bezug auf weitere Schritte zur Lösung des Syrien-Problems geeinigt.

Lug-info.com: Indem die ukrainische Seite fordert, keine Experten aus der LVR zur Untersuchung des Vorfalls mit der Explosion eines OSZE-Fahrzeugs auf einer Mine heranzuziehen, will sie nicht nur den Verlauf der Ermittlung so lenken, wie es für Kiew günstig ist, sondern auch die Zusammenarbeit der Republik mit Vertretern der internationalen Organisation zerstören. Dies erklärte heute auf einer Apparatbesprechung des Oberhauptes der LVR mit dem Ministerrat der bevollmächtigte Vertreter der Republik bei den Minsker Verhandlungen Wladislaw Dejnego....

„Bezüglich dieser Situation wird der ständige Rat der OSZE die Entscheidung treffen. Aber das Kiewer Team besteht darauf, dass diese Ermittlung nur von internationalen Experten durchgeführt wird, und weder unsere Vertreter, noch Spezialisten aus der Ukraine oder Spezialisten aus der RF hinzuziehen“, sagte Dejnego.

„In meiner Sicht zeugt eine solche Position nur von einem – die Ermittlung soll etwa so durchgeführt werden, wie zu den Ereignissen in Odessa ermittelt wurden und zu den Ereignissen mit dem Absturz der Boeing MH17, als Fakten, Indizien usw. von der Untersuchung ausgeschlossen wurden und auf irgendwelchen Einschätzungen von irgendwem operiert wird, und dann auf dieser Grundlage Schlüsse gezogen werden“, erklärte er....

Dejnego merkte an, dass er die Variante nicht ausschließt, bei der versucht wird, die Situation mit der Explosion des OSZE-Fahrzeugs für die Vernichtung der Zusammenarbeit zwischen LVR und OSZE zu nutzen und für weitere Versuche, die Frage über eine Stationierung irgendeiner „bewaffneten internationalen Mission“ im Donbass zu nutzen.

„Es gibt Befürchtungen, dass diese Situation genutzt werden soll, um die brüchige Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der LVR, die sich bis jetzt entwickelt hat, vollständig zu zerstören und zu versuchen Friedenstruppen, ausländische Truppen auf diese Territorium zu bringen, was prinzipiell den Minsker Vereinbarungen widerspricht und, sagen wir so, zu einer zusätzlichen Erhöhung von Spannung an der Abgrenzungslinie führen wird“, erklärte Dejnego....

De.sputniknews.com: Auf der Krim entsteht ein italienisches Dorf

In einer Woche reisen Vertreter von fünf großen Bauunternehmen aus Italien auf die Krim, schreibt die Zeitung "Iswestija" am Dienstag. Sie werden auf der Schwarzmeerhalbinsel diverse Projekte umsetzen, die vom 20. bis zum 22. April im Rahmen des dritten Internationalen Wirtschaftsforums in Jalta vereinbart wurden.

Eines der größten Projekte werde die Errichtung eines „italienischen Dorfes“ sein, teilte der Teilnehmer des Forums und Abgeordnete des italienischen Parlaments Stefano Valdegamberi mit.

Der Pressedienst des russischen Konzerns KSK, der die Verträge mit den Italienern abgeschlossen hat, bestätigte diese Informationen.

Das Projekt wird an der westlichen Krimküste umgesetzt. Bis 2020 soll es abgeschlossen werden. Es sind insgesamt 17 Baureihen geplant, die nach verschiedenen italienischen Städten benannt werden: Florenz, Sorrento, Mailand, Palermo usw.

„Die Krim ist sehr interessant für ausländische Unternehmen, die speziell hierher kommen“, so der italienische Parlamentarier weiter. „Das bedeutet, dass die Bedingungen für sie hier definitiv passen – trotz der Sanktionen sind sie bereit, hier Geschäfte zu machen.“

Darüber hinaus teilte Valdegamberi mit, dass Geschäftstreffen in der nächsten Zeit auch in Italien organisiert werden. Eines von ihnen finde voraussichtlich im Mai in Verona statt.

Als die Krim der Ukraine angehört hatte, waren viele Wirtschaftsbranchen verfallen gewesen.

Nach der Wiedervereinigung mit Russland entstanden für sie jedoch Möglichkeiten zur Wiederbelebung und Weiterentwicklung, und zwar nicht nur auf Kosten des russischen Haushalts, sondern auch dank ausländischer Investitionen. So werden auf der Halbinsel bereits gemeinsame Projekte mit Unternehmen aus Italien umgesetzt, und mit Geschäftskreisen aus Zypern, Tschechien und Großbritannien werden entsprechende Verhandlungen geführt. Die Krim zieht also trotz der antirussischen Sanktionen von Jahr zu Jahr immer mehr ausländische Unternehmer an.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31559/37/315593760.jpg>

Dnr-news.com: In der Ukraine wurde das eigentliche Ziel der Dekommunisierung offengelegt
Das wirkliche Ziel der Dekommunisierung soll die „Veränderung des Bewusstsein“ des Volkes sein. Dies erklärte der Jurist des Ukrainischen Instituts für Nationales Gedenken Sergej Rjabenko in einer Sendung des Fernsehkanals ZIK.

Rjabenko sagte, dass heute in der Ukraine ein langwieriger Prozess begonnen habe, der seinen Worten nach „mit der Entnazifizierung in Deutschland verglichen werden kann“.

Wir vom Institut für Nationales Gedenken sehen die Dekommunisierung als Prozess der Bewusstseinsveränderung“, sagte der Jurist und betonte, dass die Umbenennung von

Straßen als „Beseitigung der sichtbaren Zeichen eines totalitären Regimes“ nur eine der Etappen ist, die das Land durchlaufen müsse.

de.sputniknews.com: ...Noch bis Ende 2016 sollen auch an ukrainischen Bahnhöfen sämtliche Informationstafeln und Aushänge in russischer Sprache verschwinden. Demnach sollen bis Ende Dezember alle Fahrkarten, Stationsnamen und Anzeigetafeln nur noch Ukrainisch und Englisch beschriftet sein.

Im Mai 2015 war in der Ukraine ein Gesetz in Kraft getreten, das das kommunistische und das NS-Regime verurteilt und die Propaganda sowjetischer Symbole verbietet. Laut diesem Entkommunisierungsgesetz sollen die Städte und Straßen der Ukraine, die die Namen sowjetischer Staatsfunktionäre tragen, umbenannt werden.

Das Ukrainische Institut für nationales Gedenken hatte eine Liste mit den Namen von 520 historischen Persönlichkeiten veröffentlicht, deren Aktivitäten unter die Dekommunisierung fallen und deren Namen aus diesem Grund aus geographischen Bezeichnungen verschwinden sollen. Diese Anordnung stößt sogar im Westen des Landes auf Widerstand bei der Bevölkerung. Die Kampagne gegen das sowjetische Erbe war in der Ukraine nach dem Machtwechsel vom Februar 2014 eingeleitet worden. Bis November 2016 sollen landesweit mehr als 900 Ortschaften umbenannt werden.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-05/thumbs/1493720065_screenshot_40.jpg

Dan-news.info: In den sozialen Netzen sind Fake-Informationen über einen Erlass des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko erschienen, gemäß dem alle Soldaten der Armee der DVR zum 72. Jahrestag des Großen Vaterländischen Kriegs eine einmalige Zahlung von 15.000 Rubel erhalten.

Wir teilen mit, dass das verbreitete Dokument eine Fälschung ist. Geldzahlungen zum Feiertag erhalten Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs und mit ihnen gleichgestellte Kategorien von Menschen. Soldaten der Armee der Republik erhalten ihren Sold stabil und im vollen Umfang.

Wir bitten darum, diese Falschinformation nicht in den sozialen Netzen zu verbreiten. Wir sind überzeugt, dass eine solche Falschmeldung erfolgt ist, um in der Gesellschaft Unruhe hervorzurufen und die soziale Lage zu destabilisieren.

Quelle: Pressedienst der Administration des Oberhauptes der DVR

De.sputniknews.com: Bei einem Anschlag der Terrormiliz Daesh (IS, auch „Islamischer Staat“) in der Nähe eines Flüchtlingslagers in Syrien sind nach Angaben von Aktivisten

mindestens 25 Menschen getötet worden, wie internationale Agenturen am Dienstag melden. Mindestens fünf IS-Selbstmordattentäter hätten sich außerhalb und innerhalb eines temporären Lagers für irakische und syrische Flüchtlinge in der Provinz Hasakeh im Nordosten Syriens an der Grenze zum Irak in die Luft gesprengt.

Der Beobachtungsstelle zufolge kam es im Anschluss zu Gefechten zwischen IS-Kämpfern und Mitgliedern der Syrischen Demokratischen Kräfte (SDF), die von der kurdischen YPG-Miliz angeführt wird.

Laut dem TV-Sender „Al Mayadeen“ wurden dabei mindestens 25 Menschen getötet. Die Zeitung „Daily Sabah“ spricht von 32 Toten. Weitere Hundert Menschen sollen dabei verletzt worden sein. Deutschen Medien zufolge wurden 37 Menschen getötet. Unter den Opfern seien auch Flüchtlinge aus dem Irak, meldete die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte.

Lug-info.com: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR
Oberstleutnant Andrej Marotschko (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR hat eine **Tendenz zur Verschärfung**. In den letzten 24 Stunden hat der Gegner das Regime der Feueereinstellung **sechsmal** verletzt. Insgesamt wurden 172 Mörsergeschosse und Granaten auf das Territorium der Republik abgeschossen.

In den Reihen der ukrainischen Streitkräfte sinkt der moralisch-psychische Zustand weiter ab.

Eine Bestätigung dafür ist ein weiterer Fall von Desertion in den Reihen der Einheiten der ukrainischen Streitkräfte.

So werden nach Informationen unserer Aufklärung vom Kommando der 53. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte Ermittlungen zum eigenmächtigen Entfernen eines Soldaten der Brigade von seinem Truppenteil vorgenommen. Der Soldat verließ den Stationierungsort der Einheit und nahm ein Maschinengewehr AK-47 mit Munition mit. Derzeit ist der Aufenthaltsort des Soldaten nicht bekannt.

Uns wurde bekannt, dass am 30. April in Konstantinowka ein Bataillon des „Rechten Sektors“ eingetroffen ist, dessen Stab in einem psychiatrischen Krankenhaus untergebracht ist und die Technik in einem Straßenbahndepot.

Bereits am ersten Tag ihres Aufenthalts in der Ortschaft haben die Kämpfer des Bataillons drei Zivilisten verprügelt.

Heute findet in der Republik eine Reihe von Trauerveranstaltung zu den Ereignissen in Odessa am 2. Mai 2014 statt. Ich bitte alle, daran teilzunehmen und das Andenken der Toten zu ehren.

Gefunden auf der VKontakte-Seite des „Komitees 2. Mai“: Das Kulikower Feld, Odessa, heute Vormittag

<iframe width="496" height="279" src="https://www.youtube.com/embed/Y-LR8p0bxSQ" frameborder="0" allowfullscreen></iframe>

<https://youtu.be/Y-LR8p0bxSQ>

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Streitkräfte **47 Mal** das Regime der Feueereinstellung verletzt. Sie haben das Territorium der Republik mit Artillerie, Mörsern, Granatwerfern, Schützenpanzer, Schützenpanzerwagen und Schusswaffen beschossen. In Richtung Gorlowka wurden zehn Verletzungen des Regimes der Feueereinstellung von Seiten der 53. mechanisierten Brigade und der 25. Luftlandebrigade der ukrainischen

Streitkräfte festgestellt, von deren Positionen drei Artilleriegeschosse des Kalibers 122mm und 430 Geschosse mit verschiedenen Arten von Granatwerfern auf die Gebiete von **Sajzewo, Gorlowka, Werchnetorezkoje und Shelesnaja Balka** abgeschossen wurden. 22 Verletzungen wurden in Richtung Donezk bemerkt. Die Kriegsverbrecher aus der 46. Luftsturmbrigade und der 72. und 92. mechanisierten Brigade haben 150 Mörsergeschosse verschiedenen Kalibers, 530 Geschosse mit Handgranatwerfern und automatischen Granatwerfern abgeschossen sowie aktiv Schusswaffen verwendet, betroffen waren **Jasinowataja, Jakowlewka, Krutaja Balka, Wasiljewka, Spartak, der Flughafen und der Petrowskij-Bezirk von Donezk**.

17 Verletzungen von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden in Richtung Mariupol festgestellt. Die ukrainischen Strafsoldaten aus der 36. Marineinfanteriebrigade haben die **Gebiete von Oktjabrj, Sachanka, Leninskoje, Saitschenko und Kominternowo** beschossen. Mörsermannschaften des Gegners haben auf das südliche Territorium 18 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen. Außerdem wurden aktiv Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet.

In der Folge der Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte wurden 12 Häuser beschädigt: fünf Wohnhäuser in Sajzewo, eines in Jakowlewka sowie fünf Häuser und die Schule Nr. 103 im Petrowskij-Bezirk von Donezk. Dabei wurden aufgrund eines Mörserbeschusses von Seiten der ukrainischen Strafruppen in Jakowlewka und im Petrowskij-Bezirk von Donezk **zwei friedliche Einwohner verletzt**: Alexandr Nikolajewitsch Derkatsch, geb. 2015, und Swetlana Sergejewna Lopatjuk, geb. 1980. Außerdem erlitt bei der Löschung eines nach einem Beschuss der ukrainischen Streitkräfte in Brand geratenen Wohnhauses in Jakowlewka **Igor Anatoljewitsch Suchow, geb. 1972, Brandverletzungen**. Nach Angaben unserer Aufklärung ist in den Stationierungsorten von Verbänden und Truppenteilen der ukrainischen Streitkräfte an der ganzen Kontaktlinie die Ankunft von Abteilungen der Nationalgarde zu bemerken, die die Aufgabe haben, die Disziplin in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte aufrecht zu erhalten, genauer, die Kommandeure bei der Erfüllung ihrer Befehle zu unterstützen. Dies ist mit dem Absinken des Kampfgeistes und der patriotischen Einstellung bei den Soldaten, die sich an der Front befinden, verbunden. Soldaten der ukrainischen Streitkräfte zeigen offen ihre fehlende Unterordnung unter die Kommandeure, äußern den Wunsch sich mit dem Gegner zu „verbrüdern“, bis hin zum Überlaufen auf die Seite der Republik. Außerdem meinen die Soldaten, dass in diesem Krieg nicht die Interessen der Ukraine verteidigt werden, sondern die der Politiker, die das Land stückweise verkaufen.

Anzeichen für ein sogenanntes „Andersdenken“ in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte wurde besonders an Tagen bemerkbar, wo alle das Andenken der für den Sieg im Großen Vaterländischen Krieges Gefallenen ehrten.

Die militärisch-politische Führung der Ukraine versucht ein weiteres Mal, Ordnung in ihre Armee zu bringen, setzt zusätzliche „Kontrolleure“ aus der Zahl der Neonazisten in die Truppenteile und Einheiten.

Außerdem haben wir mehrfach darüber berichtet, dass die ukrainische Seite **Theatervorführungen für Journalisten ausländischer Massenmedien** vorbereitet, in denen wir des Beschusses friedlicher Bürger auf ihrer Seite beschuldigt werden. Heute ist ein weiteres Beispiel dafür aufgetaucht: auf dem Territorium des zeitweilig **von der Ukraine besetzten Teils von Sajzewo** wurden von nicht identifizierten Personen in Uniform einige Häuser friedlicher Bürger in Brand gesetzt. Um einen größeren theatralischen Effekt zu erzielen, wurden inszenierte Detonationen in der Nähe dieser Häuser durchgeführt.

Außerdem wurde in dieser Ortschaft eine aktive Arbeit der Presse bemerkt.

Die Aktivierung von „Theatertruppen“ aus der Zahl der Soldaten der Ukraine für die Presse verbinden wir mit dem heutigen Treffen des Präsidenten der RF und der Bundeskanzlerin der BRD A. Merkel in Sotschi, bei dem Fragen der friedlichen Regelung des Konflikts im Donbass erörtert werden.

De.sputniknews.com: Blumen, Erinnerung und Razzien: Odessa gedenkt der Opfer vom 2. Mai 2014

Die städtische Polizei von Odessa hat den Platz „Kulikowo Pole“ evakuiert, wo sich am Dienstag Einwohner der Stadt versammelten, um der Opfer des Massakers vom 2. Mai 2014 zu gedenken. Dies berichten Korrespondenten vor Ort. Die Organisatoren der Veranstaltung werden überprüft.

Kurz vor Beginn der Gedenkfeier in Odessa ist der Platz demnach abgesperrt worden. Es wurden Informationen über eine angebliche Verminung des Gewerkschaftshauses am Kulikowo Pole überprüft, hieß es. Außer Polizisten seien Sprengstoffkommando und Rettungsdienst vor Ort eingesetzt worden.

Seit dem Morgen trugen Menschen Blumen zum Platz, um der Opfer des Odessa-Massakers im Gewerkschaftshaus 2014 zu gedenken. Der Platz wurde abgesperrt. Polizisten haben nur einen Eingang gelassen und diesen mit Metalldetektoren ausgestattet, hieß es. Aber nicht nur auf Metallgegenstände werden die Menschen gecheckt. Angeblich sei auch verbotene Symbolik ins Visier der Polizisten geraten, darunter kommunistische Flaggen und provokative Materialien. Der Polizei zufolge ist einer Frau ein Sankt-Georgsband abgenommen worden, das in Russland als Symbol für das Gedenken der im Zweiten Weltkrieg gefallenen Helden steht.

Den Teilnehmern sei es außerdem verboten worden, Fotos der Opfer und Plakate jeder Art zu dem Meeting mitzubringen. Die Veranstaltung finde ohne Mikros und Lautsprecher statt, da diese auch verboten worden waren.

Außerdem durchsucht der Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) die Wohnungen von Aktivisten der Bewegung „Kulikowo Pole“, die genauere Ermittlungen zu der Tragödie von 2014 fordert. Dies berichtet am Dienstag das lokale Portal „Timer“. Derzeit werde von drei solchen Razzien gesprochen.

Odessa gedenkt nicht?

In Odessa hängen zwar Nationalflaggen mit schwarzen Trauerbändern, aber offizielle Gedenkfeiern seien nicht geplant, berichten Menschen vor Ort. Nachdem Meldungen über die mögliche Verminung überprüft worden waren, wurden die Einwohner immerhin wieder auf den Gedenkplatz gelassen.

„Die Stadtverwaltung wird keine Trauerzeremonien veranstalten, aber Einwohner von Odessa kommen am 2. Mai zum Platz ‚Kulikowo Pole‘, so die Chefin der öffentlichen Organisation „Mütterrat des 2. Mai“, Wiktorija Matschulko.

Dieser Verband hat um 14 Uhr zum Gedenken an die Opfer gerufen. Außerdem hatte die Partei „Oppositionsblock“ vorgeschlagen, eine allukrainische Aktion durchzuführen und zum Andenken an die Opfer am Dienstag um 19 Uhr Kerzen anzuzünden.

Ermittlung verzögert

Die Ermittlungen zur Tragödie vom 2. Mai 2014 ist laut Medienberichten noch nicht abgeschlossen. Das Verfahren gegen die ukrainischen Sicherheitskräfte werde dadurch gebremst, dass sich der Hauptverdächtige – der ehemalige stellvertretende Leiter der Miliz von Odessa, Dmitri Futschedzhi – vor der Untersuchung verstecke. Nach Kiews Angaben befindet er sich in Pridnestrowien, dem abtrünnigen Teil der Republik Moldawien, aber die Behörden vor Ort dementieren das.

Das Verfahren gegen Feuerwehrleute, die nach Ermittlern unzeitgemäß zum Gewerkschaftshaus gekommen waren und nicht alle notwendigen Mittel zum von Menschenleben zur Verfügung gestellt hatten, bremse noch weiter.

„Es ist einfach ungünstig für jemanden, dass die Wahrheit ans Licht kommt. Seit drei Jahren versuchen die Mütter der Gestorbenen, dass sie als Betroffene anerkannt werden. Laut Ermittlern sind viele Beweise verloren gegangen. Das Gewerkschaftshaus selbst wird derzeit renoviert. Was für eine Ermittlung ist das?“, fragt Matschulko.

Verbranntes Gewissen

Eine Aktion von „Antimaidan“-Aktivisten am 2. Mai 2014 in Odessa hatte in einer Tragödie geendet, als Mitglieder des extremistischen „Rechten Sektors“ und Fußball-„Ultras“ gegen die Aktionsteilnehmer vorgingen. Dutzende „Antimaidan“-Teilnehmer kamen bei einem Brand im Gewerkschaftshaus ums Leben, in dem sie sich in Sicherheit zu bringen versuchten. Nach offiziellen Angaben waren dabei rund 50 Menschen getötet und mehr als 200 verletzt

worden.



http://dnr-news.com/uploads/posts/2017-05/1493718909_pm374image001.jpg

Ukrinform: Im Rahmen des Antiterrorereinsatzes in der Stadt Odessa haben Sicherheitsbehörden eine Gruppe von Terrorverdächtigen festgenommen. Die Gruppe der Einwohner der Stadt wird verdächtigt, Terroranschläge, Sabotageakte und Provokationen vorbereitet zu haben, berichtet die Pressestelle des Sicherheitsdienstes der Ukraine SBU in der Oblast Odessa. Die Mitarbeiter des SBU gemeinsam mit der Spezialeinsatzinheit „Alfa“ hätten die Terrorverdächtigen festgenommen. Die Ermittlungen laufen, heißt es.

Lug-info.com: Die Zahl der **Opfer der Detonation einer Antipanzermine**, auf die am 24. April bei Faschtschewa ein Traktor fuhr, ist auf **drei Menschen** gestiegen, dies teilte der Zivilschutzminister der LVR Sergej Iwanuschkin mit. Insgesamt starben drei Menschen, drei wurden verletzt.

Iwanuschkin fügte hinzu, dass in der letzten Woche in der LVR insgesamt sieben Vorfälle mit explosiven Objekten erfolgten.

De.sputniknews.com: Giftgas-Angriff in Syrien: Putin fordert Bestrafung der Schuldigen
Russlands Präsident Wladimir Putin hat eine Aufklärung des mutmaßlichen Giftgasangriffs im syrischen Chan-Scheichun gefordert.

Dieser Vorfall müsse genau untersucht werden, die Schuldigen müssten gefunden und bestraft werden, sagte der russische Präsident am Dienstag in Sotschi auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel...

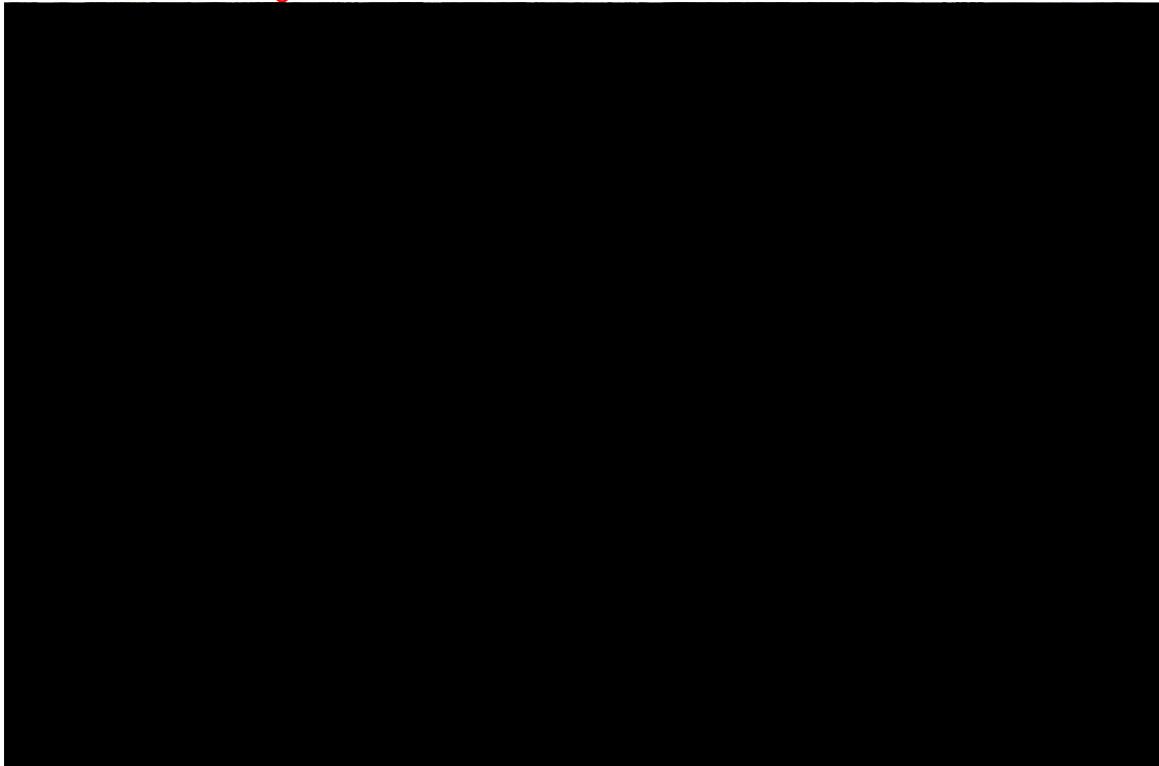
Dan-news.info: Einwohner der DVR haben heute im Rahmen einer gesamtrepublikanischen

Aktion das Andenken der Opfer der Tragödie in Odessa am 2. Mai 2014 mit einer Schweigeminute und Autohupen geehrt. Dies teilte das operative Kommando der Republik mit.

„Heute wurde in der Republik die Aktion „Gedenken der Odessaer Tragödie“ durchgeführt. Genau um 13:00 haben nicht gleichgültige Bürger der DVR sie unterstützt“, berichtete das Kommando. „In Truppenteilen, Schulen, Universitäten und in Unternehmen fand eine Schweigeminute statt. Autofahrer, Eisenbahner und städtische Busfahrer ehrten das Andenken der Opfer der Odessaer Tragödie mit einem langen Hupen“.

Das Kommando erläuterte, dass die Aktion im Rahmen des Projekts „Steh auf, Du Riesenland“ erfolgte. Organisatoren waren das Informationsministerium gemeinsam mit dem Verteidigungsministerium der DVR.

„Außerdem hat das Kommunikationsministerium der DVR die Aktion „Gedenken der Odessaer Tragödie“ unterstützt und eine Übertragung der Schweigeminute für eine breite Öffentlichkeit auf den republikanischen Fernseh- und Radiokanälen organisiert, sowohl für die Einwohner der Republik, als auch für die, die auf von der Ukraine kontrolliertem Territorium leben“, fügte das Kommando hinzu.



<https://pp.userapi.com/c637418/v637418831/62e09/7L-nblukxyY.jpg>

Timer-odessa.net: Am Kulikower Feld bilden sich riesige Warteschlangen

Die Odessiten, die zum Kulikower Feld kommen, beschwerten sich, dass die Polizei den Durchlass der Trauernden zum Haus der Gewerkschaften verzögert.

Nach den Worten von Bürgern lässt man die Leute zwar schnell durch die 4 aufgestellten Metalldetektoren durch, aber mit langen Pausen dazwischen. Die Menschen in der Warteschlange glauben, dass dies mit dem Versuch der Polizei verbunden ist, keine großen Menschenmengen auf das Kulikower Feld zu lassen, „um den Medien keine unerwünschten Bilder zu liefern“.



http://timer-odessa.net/uploads/2017/05/vozle_kulikova_polya_vistraivayutsya_ogromnie_ocheredi_179_1.jpg

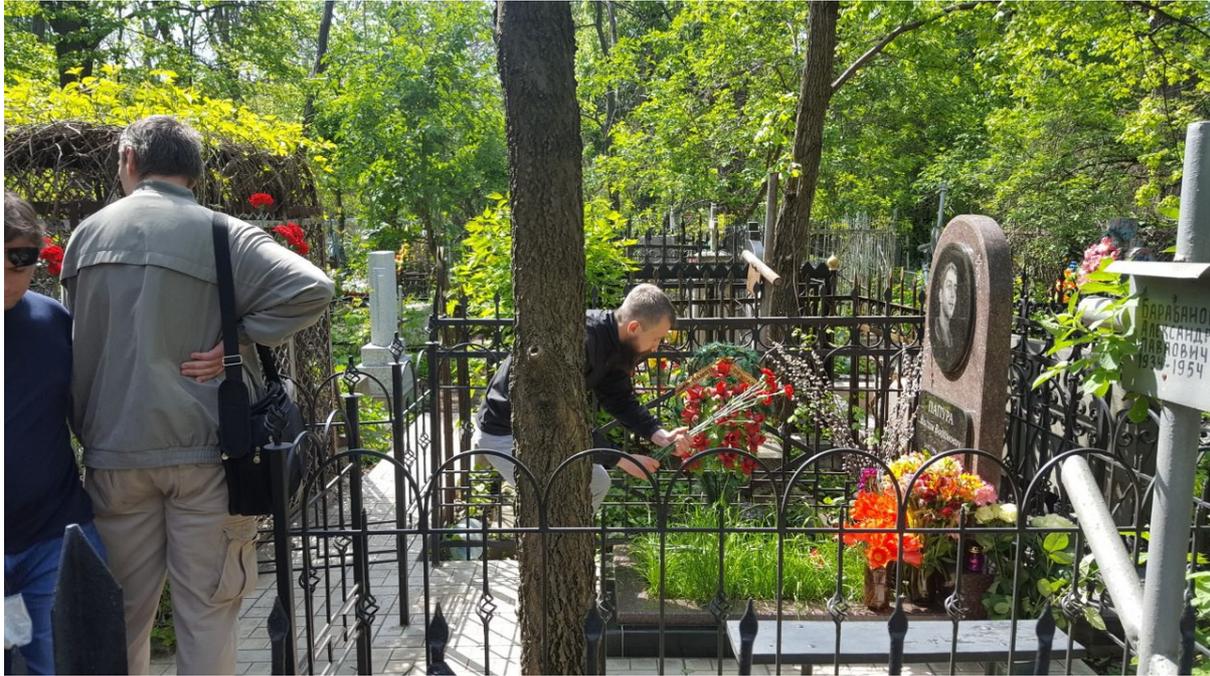
Dan-news.info: „Es wurde bekannt, dass am **Morgen bei der Detonation einer Sprengeinrichtung** im Norden der Stadt **zwei Frauen verletzt** wurden, die zweite wurde auch ins Krankenhaus eingeliefert“, teilte der Bürgermeister von Gorlowka Iwan Prichodko mit.

Nach seinen Angaben hat die zweite Verletzte zahlreiche Splitterverletzungen und eine Gehirnerschütterung. Sie wird derzeit noch untersucht.

De.sputniknews.com: Der Auswärtige Ausschuss des US-Senats hat laut seinem Vorsitzenden Bob Corker am Montag beschlossen, keine neuen Sanktionen gegen Russland zu verhängen. Dies berichtet das US-Politikmagazin „Politico“.

Demnach sollen sich die US-Senatoren darauf geeinigt haben, ein Paket von „Maßnahmen gegen den russischen Einfluss“ vorzubereiten, das aber keine neuen Sanktionen vorsehe. Corker betonte jedoch, dass der US-Senat diese Frage jederzeit wieder aufgreifen könne. Wie diese Gegenmaßnahmen außerdem genau aussehen sollen, konkretisierte der Senator nicht....

Gefunden auf der VKontakte-Seite der Linken Opposition/KPU/Odessa: Die Komsomolzen von Odessa und Umgebung versammelten sich heute am Grab ihres Genossen Wadim Papura. Genau vor 3 Jahren gab Wadim sein Leben, als er Odessa vor den Bandera-Leuten schützte.



<https://pp.userapi.com/c604726/v604726961/4f595/JvymmhXajuE.jpg>

Lug-info.com: „Vertreter der OSZE halten wie zuvor die Ansammlung unserer Technik an der Woroschilogradsker Militärflugschule am Rand von Lugansk fest, die für die Parade vorbereitet wird, und bezeichnen sie in ihren Berichten als Verletzung der Minsker Vereinbarungen“, teilte der Vertreter der Volksmiliz der LVR Oberst Wladislaw Parawjan mit. „Obwohl sie jede Möglichkeit zum Besuch, zur Beobachtung, einer täglichen Kontrolle und Verifikation der genannten Technik haben – von der, die bei den Trainings verwendet wird“, unterstrich er.

Zuvor hatte der offizielle Vertreter der Verteidigungsbehörde der Republik, Oberstleutnant Andrej Marotschko, mitgeteilt, dass Vertreter der OSZE täglich die Technik der Volksmiliz kontrollieren, die an der Siegesparade in Lugansk teilnehmen wird und das Fehlen von Munition feststellen. Er merkte an, dass die Führung der LVR frühzeitig der OSZE-Mission über die Vorbereitung zur Siegesparade berichtet hat. Außerdem wurden in einem Brief an den stellvertretenden Leiter der OSZE-Mission Alexander Hug die Bezeichnungen und die Zahl der an der Vorbereitung zur Parade beteiligten Technik, ihre Seriennummern, Standplätze usw. mitgeteilt. Marotschko unterstrich, dass Vertreter der OSZE-Mission die Möglichkeit haben, jederzeit die Militärtechnik, die an der Vorbereitung der Parade beteiligt ist, zu inspizieren.

Heute hat die Volksmiliz der LVR auf dem Theaterplatz von Lugansk eine Probe der Siegesparade durchgeführt. Die Generalprobe wird am 6. Mai stattfinden.

De.sputniknews.com: Treffen Putins mit Merkel (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)
Putin gegen neue Ukraine-Abkommen

Russlands Präsident Wladimir Putin sieht keine Alternative zu den 2014 und 2015 geschlossenen Minsker Abkommen, die eine friedliche Beilegung des Ukraine-Konfliktes vorsehen. Die jetzige Regierung in Kiew allerdings habe ihre Chance schon versäumt.

„Ich stimme Frau Bundeskanzlerin darin voll und ganz zu, dass wir keine Alternativen zum Normandie-Format ausdenken können und müssen“, äußerte Putin am Dienstag auf einer Pressekonferenz mit Angela Merkel in Sotschi. Man brauche keine neuen Pläne schmieden, wenn die alten nicht einmal kleinste Ergebnisse erzielt haben.

Auch Merkel bezeichnete es als unzweckmäßig, neue Abkommen auszuhandeln.

Laut Putin hatte die Regierung in Kiew einst bessere innenpolitische und wirtschaftliche Gelegenheiten gehabt, um die Minsker Abkommen, umzusetzen. Sie habe diese jedoch vertan....

Merkel über Russland-Sanktionen – Putin bleibt bei Normandie-Vier

Bundeskanzlerin Angela Merkel hofft auf die Abschaffung der Russland-Sanktionen, aber nur im Fall der vollständigen Umsetzung des Minsker Abkommens. Die Arbeit daran muss laut Russlands Präsident Wladimir Putin im Normandie-Format fortgesetzt werden.

Die Bundeskanzlerin betonte bei ihren Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, dass sie im Ukraine Konflikt an den Punkt kommen wolle, an dem die Sanktionen gegen Russland von Seiten der EU aufgehoben werden könnten. Sie verwies darauf, dass es notwendig sei, die Minsker Abkommen umzusetzen. „Wir können im Rahmen des Minsker Abkommens alles tun“, sagte sie.

Der russische Präsident Wladimir Putin untersticht dabei, dass Russland und Deutschland die Notwendigkeit der strikten Umsetzung der Minsker Abkommen durch alle Seiten wieder bestätigt hätten. Er und Merkel stünden auch in ständigem Kontakt mit den anderen Teilnehmern des Normandie-Formats.

„Sie wissen, dass das letzte Gespräch in diesem Format am 17. April stattgefunden hat. Die Normandie-Vier soll sich weiterhin aktiv mit der Regelung der ukrainischen Krise beschäftigen. Das heißt, dass die Arbeit in diesem Format auch nach den Präsidentschaftswahlen in Frankreich fortgesetzt wird, wie wir im letzten Gespräch verabredet haben“, so Putin.

Merkel und Putin seien sich einig, dass das Hauptziel bei der Regelung der Ukraine-Krise darin bestehe, die Kräfte und Mittel der Konfliktseiten zu trennen, was es wiederum ermögliche, dem Beschuss einzustellen. Zudem sei es wichtig, den Dialog mit Kiew und den selbsterklärten Republiken zu verbessern, gesetzlich einen besonderen Status der Regionen zu fixieren und auf dieser Basis dort die Wahlen durchzuführen.

Putin: Russische Rechtsbehörden viel zahmer als europäische

Der russische Präsident Wladimir Putin hat bei den Verhandlungen mit der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel am heutigen Dienstag auch Protestaktionen in Russland und das Verhalten der Rechtsbehörden des Landes besprochen.

„Ich habe das mit Frau Kanzlerin besprochen und sie auf die Tatsache aufmerksam gemacht, dass die russischen Strafvollzugsbehörden sich um einiges zurückhaltender und liberaler verhalten als deren Kollegen in einigen europäischen Ländern“, so Putin bei der Pressekonferenz im Anschluss an die Gespräche.

Er betonte, dass sowohl die russischen Strafvollzugs- als auch Justizbehörden im Rahmen der geltenden Gesetzgebung agieren und „auch weiterhin so handeln, um Ordnung und Disziplin, aber gleichzeitig auch die Rechte aller Bürger Russlands bei ihrer Meinungsäußerung im Rahmen der Gesetzgebung zu bewahren“.

„Niemand hat da was weggenommen“ – Putin über Donbass

Niemand hat den Donbass von der Ukraine abgetrennt und dortige Betriebe weggenommen, wie der russische Präsident Wladimir Putin erklärte.

Die Ereignisse im Südosten der Ukraine sind Putin zufolge „erstens eine Folge des Staatstreichs, des verfassungswidrigen Machtwechsels in der Ukraine. Zweitens hat niemand diese Territorien (von der Ukraine – Anm. d. Red.) abgetrennt, sie werden von der ukrainischen Regierung durch umfassende Blockaden abgetrennt“.

Russland liefere bisher viele Waren für die ukrainische Industrie, darunter auch für Energiebetriebe. Zudem betonte Putin, dass niemand die Betriebe im Donbass beschlagnahmt habe.

„Aber da diese Betriebe, die sich auf dem Territorium nicht anerkannten Republiken befinden, keine Möglichkeit haben, ich möchte dies unterstreichen, Rohstoffe aus der Ukraine zu bekommen und die Waren auf das ukrainische Territorium zu verladen, blieb den Leuten nichts anderes übrig, als eine vorübergehende Zwangsverwaltung einzuführen“, so der russische Staatschef bei der Pressekonferenz mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am Dienstag in Sotschi.

Putin nach Treffen mit Merkel: Keine Lösung in Syrien ohne USA

Russlands Präsident Wladimir Putin glaubt nicht, dass der seit Jahren andauernde Syrien-

Krieg ohne eine Mitwirkung der USA beendet werden kann. Deshalb unterhalte Moskau diesbezüglich Kontakte nach Washington.

Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit der deutschen Kanzlerin Angela Merkel am Dienstag in Sotschi sprach sich der russische Staatschef für eine Stärkung der Waffenruhe zwischen den Regierungstruppen und den gemäßigten Rebellen in Syrien aus. Sowohl die deutsche Kanzlerin als auch er selbst seien davon überzeugt, dass die Syrien-Frage nur friedlich gelöst werden könne, betonte er.

„Der Waffenstillstand muss gestärkt werden“, sagte Putin. Daran werde am Mittwoch und Donnerstag bei den Syrien-Gesprächen in Astana gearbeitet werden. „Ohne die USA kann dieses Problem nicht effektiv gelöst werden. Deshalb waren und sind wir auch weiterhin mit unseren amerikanischen Partnern im Kontakt.“

Merkel: Hier sind sich Deutschland und Russland einig

Deutschland unterstützt den Waffenstillstand in Syrien und ist bereit, enger mit Russland im Kampf gegen den internationalen Terrorismus zusammenzuarbeiten, äußerte Bundeskanzlerin Angela Merkel nach ihrem Treffen mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Sotschi.

Laut Merkel unterstützt Deutschland den Waffenstillstand in Syrien und findet, dass das Konzept von sicheren Zonen weiter bearbeitet werden könnte.

„Ich habe als Bundeskanzlerin deutlich gemacht, dass wir alles tun wollen, um vor allen Dingen auch Waffenstillstand zu unterstützen und den Menschen, die in akuter Not sind, zu helfen“, so Merkel.

Sie hoffe auf die Gelegenheit, noch über Libyen zu sprechen. Die deutsch-russische Zusammenarbeit könnte der Bundeskanzlerin zufolge in einigen Bereichen noch enger sein.

„Einig sind wir uns im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Hier können Deutschland und Russland noch enger zusammenarbeiten. Aber wir leisten als Deutschland auch in der Anti-IS-Koalition unseren Beitrag, um den islamistischen Terrorismus zu bekämpfen, und hier sind wir auch mit Russland einer Meinung“, sagte Merkel.

Mptdnr.ru: In dem staatlichen Unternehmen „Stirol“ hat die erste Auszahlung von Löhnen an die Arbeiter begonnen.

„Die Mitarbeiter haben die Löhne für die im April gearbeiteten Tage vollständig erhalten. Gewöhnlich erfolgen die Zahlungen bei uns etwas später, aber im Vorfeld der Feiertage haben wir entschieden, sie etwas früher auszuzahlen“, berichtete der Direktor des staatlichen Unternehmens „Stirol“ Artjom Derjukow.

Er merkte auch an, dass der Personalbestand des Unternehmens sich gerade erst bildet, bisher haben 80 Menschen ein Vorstellungsgespräch durchlaufen.

„Ich spreche mit jedem Arbeiter persönlich“, sagte Artjom Alexandrowitsch. Bald wird der Personalbestand erheblich ausgeweitet. Weil es derzeit wegen der Nähe von Gorlowka zur Frontlinie noch nicht möglich ist, die grundlegende Produktion wieder aufzunehmen, läuft derzeit die Vorbereitung zur Wiederinbetriebnahme der Organik. Dies ist eine Produktion mit Polystyrol: Planen, Wegwerfgeschirr und vieles mehr.

„Derzeit reicht unser Produktionsumfang nicht einmal für den Bedarf der DVR und der LVR, deshalb planen wir, in erster Linie die Produktionskapazitäten zu erhöhen“, sagte Artjom Serdjukow. Die Planziffern für die Arbeiter der Organik soll das Unternehmen bis zur Mitte des Sommers erreichen.

„Ich glaube, dass, sobald die Frontlinie sich von Gorlowka wegbewegt, unser Unternehmen beginnen wird, im vollen Umfang zu arbeiten und ich bin überzeugt, dass uns alles gelingen wird“, sagte der Mitarbeiter des staatlichen Unternehmens „Stirol“ Pawel.

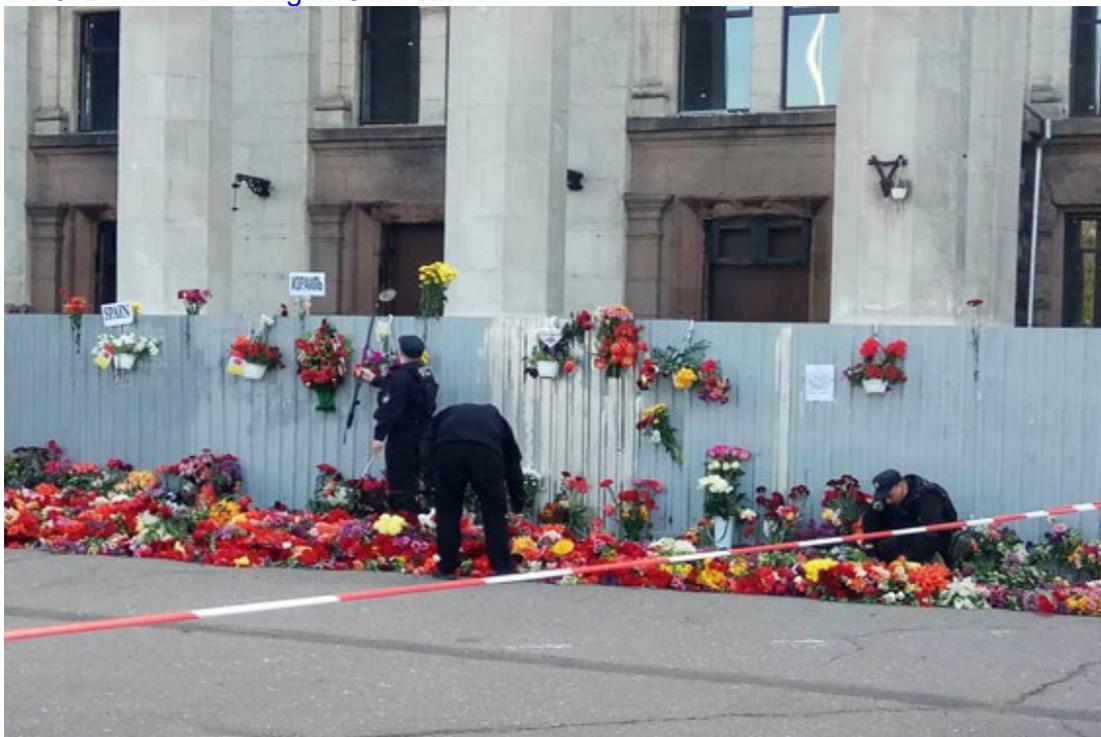
Wir erinnern daran, dass am 1. März 2017 auf Verfügung des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko die Unternehmen, die zuvor unter ukrainischer Jurisdiktion arbeiteten, unter äußere Leitung der DVR übergegangen sind.

Abends:

Timer-odessa.net: Das Kulikower Feld wurde wieder „vermint“

Um 16:30 ging über den Notruf“102“ der Anruf eines Unbekannten ein, der erklärte, dass er zwei Passanten gehört hatte, die über eine Verminung des Hauses der Gewerkschaften in Odessa sprachen.

Nach Informationen der Hauptabteilung der Nationalpolizei der Ukraine im Oblast Odessa prüfen ihre Mitarbeiter im Moment das Kulikower Feld wieder auf Sprengkörper und –mittel. Vor Ort arbeiten auch Hundeführer mit ihren Hunden. Die Polizei sagt, dies sei heute schon die 6. Bombendrohung in Odessa.



http://timer-odessa.net/uploads/2017/05/1493734892_8880.jpg

De.sputniknews.com: „In Berlin sind wir 10.000“: Motorradtour der „Nachtwölfe“ zum Tag des Sieges

Die russischen Teilnehmer der Motorradtour von Moskau nach Berlin, die der Biker-Klub „Nachtwölfe“ anlässlich des 72. Jahrestags des Endes des Großen Vaterländischen Kriegs organisierte, haben die weißrussisch-polnische Grenze nicht passieren dürfen, doch sie geben nicht auf. Und sind sie nicht allein: Knapp 10.000 Menschen nehmen an der Tour teil. Bislang konnten die Grenze nur Motorradfahrer aus europäischen Abteilungen des Klubs und der weißrussischen Filiale passieren. Allerdings sind sich die „Nachtwölfe“ sicher, dass sie einen Weg finden, nach Europa zu gelangen und bis zum 9. Mai nach Berlin zu kommen. Laut Organisatoren der Aktion ist die Zahl der Teilnehmer der Motorradtour im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen und liegt bei fast 10.000 Menschen.

Nach Berlin!

Die Motorradtour „Straßen des Sieges – nach Berlin!“ begann am 27. April in Moskau. Die Biker besuchten bereits die Gedenkorte in Smolensk, Katyn, Minsk, Chatyn und wollen

weiter Warschau, Breslau, Budapest, Bratislava, Prag und Dresden besuchen und zum 9. Mai nach Berlin kommen. Die „Nachtwölfe“ bringen außerdem Briefe der Veteranen des Großen Vaterländischen Kriegs aus verschiedenen Regionen Russlands an europäische Veteranen sowie wiederhergestellte Listen der Teilnehmer der Siegesparade vom 24. Juni 1945 in die deutsche Hauptstadt mit.

Wie der Koordinator der Motorradtour, Jewgeni Strogow, gegenüber RT mitteilte, ist die Teilnehmerzahl im Vergleich zum Vorjahr deutlich gestiegen. „In Berlin wird es rund 10.000 Menschen geben. Nicht nur Motorradfahrer – ganze Familien fahren mit Autos“.

Laut Strogow hatten die Teilnehmer der Motorradtour wieder Schwierigkeiten an der Grenze zwischen Weißrussland und Polen.

„Die polnischen Behörden haben nur russischen Bikern die Einreise wegen des Verdachts der Beteiligung an Extremistenorganisation verweigert“, sagte Strogow. „Dabei durften europäische Abteilungen des Motorradklubs sowie Staatsbürger Weißrusslands die Grenze passieren. Die Slowaken und Polen, die mit uns aus Moskau fuhren, wurden über die Grenze gelassen, obwohl im vergangenen Jahr selbst Staatsbürger der EU-Länder nicht gelassen wurden. Ein Mann wurde sogar in Polen danach wegen Extremismus verhaftet – seit einem Jahr sitzt er im Gefängnis“.

Laut Strogow gab es sieben Jahre lang keine Schwierigkeiten bei der Grenzüberquerung, erst seit der Wiedervereinigung der Krim mit Russland sei es zu Problemen gekommen.

„Wir hatten ernsthafte Probleme beim Übergang Mamonowo-Branjowo“, sagte der Chef der Nachtwölfe, Alexander Saldostanow (aka Chirurg). „Dort starteten mehr als 100 Motorräder, aus dem Konvoi wurden gezielt Nachtwölfe genommen, ihnen wurden Visa entnommen, sie wurden zurückgeschickt. Es gab 28 bewaffnete Sicherheitssoldaten mit Gewehren, die aus unserer Festnahme eine Zirkus-Vorstellung machten. Ihnen zufolge sind wir Extremisten und die Siegesfahne ist eine Extremisten-Fahne“.

Plan B

Trotz der Probleme mit den polnischen Grenzsoldaten haben die Biker einen Plan B.

„Wir werden weiter zu Kriegsgräbern fahren, wie geplant“, sagte Saldostanow. „In diesem Jahr startete unsere Aktion ‚Straßen des Sieges‘ von zwei Seiten. Wir fahren jetzt eine andere Route – nicht zur Grenze zu Polen in Brest. Wir wählten eine andere Route. Da werden sich zwei Kolonnen zusammenschließen. Wir werden uns mit Jungs bereits in Europa treffen, die die Grenze zu Polen nicht passiert haben. Wir wissen schon, was wir machen müssen“.

Im russischen Generalkonsulat in Brest wurde ebenfalls gesagt, dass die russischen Teilnehmer der „Nachtwölfe“ von der Grenze zurückkehrten, doch ihre Teilnahme an der Motorradtour damit nicht beendet sei.

Saldostanow sagte gegenüber Sputnik, dass die Biker keinen Selbstzweck hätten, auf europäischen Straßen zu fahren.

„Das Hauptziel ist, die Gräber der sowjetischen Soldaten zu besuchen. Weil dies direkt jeden von uns betrifft. Unter uns gibt es viele, deren Großväter im Krieg kämpften“, sagte Saldostanow.

Provokationen möglich

Die „Nachtwölfe“ schließen Provokationen in Europa nicht aus.

„Natürlich kann es zu Provokationen kommen. Wir erwarten sogar eine Art Verhöhnung wie im vergangenen Jahr, als wir mit Begleitung durch kaum besiedelte Dörfer mit einer Geschwindigkeit von 20 km/h fahren mussten“, sagte Strogow.

Die „Nachtwölfe“ stoßen seit drei Jahren auf das Einreiseverbot der polnischen Behörden. Auffallend ist, dass die polnischen Grenzsoldaten vor einem Jahr die Visa nicht nur für einige russische Teilnehmer der Motorradtour annullierten, sondern auch mehreren Staatsbürgern Deutschlands und der Slowakei die Einreise verweigerten, die ebenfalls Mitglieder des Klubs waren.

Die Grenzsoldaten wollten die Biker nur in dem Falle die Grenze passieren lassen, wenn sie ihre Westen mit Symbolen des Klubs abziehen und ihre Fahnen verstecken, doch die Teilnehmer weigerten sich, dies zu tun. Letztlich mussten die meisten Teilnehmer der Tour mit dem Flugzeug in die Slowakei und nach Tschechien fahren und die Motorräder dann vor Ort mieten.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/31560/18/315601802.jpg>

Ukrinform: Laut der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch könnten bei Giftgasangriffen in der syrischen Provinz Idlib die in der Sowjetunion produzierten Bomben eingesetzt worden sein.

Fotos und Videos der Reste von Bomben, die in Khan Sheikhun am 4. April eingesetzt wurden, zeugen davon, dass es wahrscheinlich um die sowjetisch produzierten Bomben handelte, die dafür gebaut wurden, um das Giftgas Sarin zu tragen, heißt es in einem Bericht von Human Rights Watch. Es könne sich um die Bomben vom Typ KhAB-250 oder KhAB-500 handeln. Auf den Bildern aus der Provinz Idlib sei grüne Farbe auf Metallfragmenten zu sehen. Die chemische Waffe sei mit der grünen Farbe gekennzeichnet worden.

De.sputniknews.com: **Moskau weist HRW-Bericht über Abwurf sowjetischer Chemiebombe in Syrien zurück**

Das Verteidigungsministerium Russlands hat Falschmeldungen zurückgewiesen, wonach über Chan Scheichun in der syrischen Provinz Idlib eine sowjetische Chemiebombe abgeworfen sein soll.

„Die Bombe ChAB-250, von deren Einsatz die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch (HRW) berichtet hatte, wurde nie über die Grenzen der Sowjetunion hinaus exportiert. Mehr noch. Diese Bomben wurden schon längst vernichtet“, hieß es in einer am Dienstag in Moskau veröffentlichten Erklärung des Verteidigungsministeriums.

Als „Beweis“ für den Einsatz von Kampfstoffen in Syrien habe HRW ein Foto einer Attrappe der ChAB-250-Bombe aus dem Museum der russischen Streitkräfte angeführt. Nach Angaben von Ministeriumssprecher Igor Konaschenkow wurden solche Bomben auch nie mit dem Giftgas Sarin gefüllt, weil sie konstruktiv nicht dazu geeignet waren.

HRW hatte auch behauptet, dass am Ort der mutmaßlichen Giftgasattacke Splitter einer sowjetischen Fliegerbombe entdeckt worden waren...

Timer-odessa.net: Das Innenministerium erklärt, dass 1500 Menschen das Kulikower Feld besuchten

Am 2. Mai nahmen 1500 Menschen an den Trauerfeiern auf dem Kulikower Feld teil, schätzte die Polizei.

Dies sagte auf einer Pressekonferenz der stellvertretende Innenminister der Ukraine Sergej Jarowoy.

Er berichtete, dass während des Tages 14 Menschen festgenommen wurden, von denen 2 wegen Drogenbesitzes, einer wegen unerlaubten Waffenbesitzes und der Rest wegen ordnungswidrigen Verhaltens festgesetzt worden waren....